Europäische Union

View attachment 1040Die Europäische Union oder EU bezeichnet sich selbst als eine Familie demokratischer europäischer Länder, die sich für Frieden und Wohlstand einsetzen.

Die Organisation überwacht die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder in verschiedenen Bereichen, einschließlich Handel, Umwelt, Verkehr und Beschäftigung. Am 1. Mai 2004 hat die EU 10 neue Mitglieder aufgenommen, die meisten davon ehemalige kommunistische Länder, und damit einen großen Schritt auf dem Weg zum Abbau der Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg getan. Die neuen Schreiner waren die Tschechische Republik, Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien.

View attachment 1041Die Pläne zur Einführung einer Verfassung, die das reibungslose Funktionieren der erweiterten EU gewährleisten soll, scheiterten jedoch wiederholt bei verschiedenen nationalen Referenden, bis der überarbeitete Reformvertrag „Lissabon“ verabschiedet wurde. Es trat im Dezember 2009 in Kraft.

Geschichte?

Über ein halbes Jahrhundert zuvor war es die Verwüstung, die durch den Zweiten Weltkrieg in Europa verursacht wurde, die das Gefühl untermauerte, internationale Beziehungen aufzubauen, um sich vor einer solchen wiederkehrenden Katastrophe zu schützen. Die französischen Staatsmänner Jean Monnet und Robert Schuman gelten als die Architekten des Prinzips, dass der beste Weg, um den europäischen Bindungsprozess in Gang zu setzen, die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen war. Diese Philosophie war die Grundlage für den Vertrag von Paris von 1951. Sie gründete die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg beitraten. Nach dem Vertrag von Rom, der 1958 in Kraft trat, gründeten diese sechs Länder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomenergiegemeinschaft, um mit der EGKS zusammenzuarbeiten. 1967 schlossen sich die drei Gemeinschaften zusammen und wurden gemeinsam als Europäische Gemeinschaften (EG) bekannt, deren Hauptaugenmerk auf der

Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Angelegenheiten lag. Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich wurden 1973 ordentliche EG-Mitglieder, Griechenland trat 1981 bei, Portugal und Spanien 1986, Österreich, Finnland und Schweden 1995.

Maastricht und darüber hinaus?

Mit dem 1991 in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union wurde die Europäische Union offiziell als Nachfolger der EG festgelegt. Gleichzeitig erweiterte Maastricht das Konzept der Europäischen Union, führte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein und strebte eine EU-Koordinierungspolitik für Asyl, Einwanderung, Drogen und Terrorismus an. Zum ersten Mal wurde die Unionsbürgerschaft ins Leben gerufen, damit sich Menschen aus den Mitgliedstaaten frei zwischen den Mitgliedstaaten bewegen können. In einem neuen Sozialkapitel, aus dem sich das Vereinigte Königreich abmeldete, wurde die EU-Politik in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und andere soziale Fragen festgelegt. Entscheidend war, dass Maastricht den Zeitplan für die Wirtschafts- und Währungsunion festlegte und die Kriterien für Länder festlegte, die beitreten möchten. Der nachfolgende Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärfte diese Kriterien, betonte die strenge Haushaltsdisziplin und -koordinierung und setzte Strafen für die Nichtkontrolle von Haushaltsdefiziten fest.

Währungsschwierigkeiten?

Die einheitliche europäische Währung, der Euro, wurde 1999 von elf Mitgliedstaaten offiziell eingeführt. Zwei Jahre später trat Griechenland bei, das länger brauchte, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Dänemark, Schweden und Großbritannien haben sich entschieden, nicht beizutreten. Das Versäumnis vieler Länder der Eurozone, sich an die selbst auferlegten Regeln für die Staatsverschuldung zu halten, löste 2009 eine große Finanzkrise aus. Gemeinsam mit dem IWF genehmigte die EU eine Reihe von Rettungsaktionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro, um das Problem einzudämmen, beginnend mit 110 Mrd. Euro für Griechenland im Mai 2010, 85 Mrd. Euro für Irland im November und 78 Mrd. Euro für Portugal im Mai 2011. Diese und andere Sofortmaßnahmen konnten das Vertrauen nicht wiederherstellen, da auch die Verschuldung Spaniens, Italiens und Zyperns Anlass zur Sorge gab. Zwischen reicheren und ärmeren Ländern, die mit der Krise umgehen sollen, gab es Kluft, und Deutschland wurde zum wichtigsten Verfechter der Sparmaßnahmen. Im Dezember 2013 genehmigten die Staats- und Regierungschefs der EU eine Reihe von Regeln für die Verwaltung der Schließung scheiternder Banken in der Eurozone, um den

Bedarf an steuerfinanzierten Rettungsaktionen zu minimieren.

Andere wichtige Themen?

Die Befürworter des Zustroms neuer Mitgliedstaaten im Jahr 2004 sahen in der Erweiterung den besten Weg, um wirtschaftliche und politische Bindungen in Europa aufzubauen und frühere Spaltungen der Vergangenheit zu beenden. Kritiker äußerten sich besorgt darüber, dass eine Expansion neue wirtschaftliche Belastungen mit sich bringen, die Entscheidungsfindung erschweren und reichere Mitglieder für einen Zustrom von Einwanderern aus ehemaligen kommunistischen Staaten öffnen würde. Bulgarien und Rumänien traten im Januar 2007 bei, Kroatien Mitte 2013, und 2009 reichte Serbien einen formellen Beitrittsantrag ein. Die Gespräche über einen möglichen Beitritt der Türkei begannen im Oktober 2005. Um sich auf die erste große Erweiterungswelle vorzubereiten, wurde 2002 ein Übereinkommen zur Ausarbeitung einer EU-Verfassung zur Straffung und Ersetzung der komplexen Reihe von Verträgen und Vereinbarungen, die die Union regeln, sowie zur klareren Definition ihrer Befugnisse eingeführt Ein Chartaentwurf, der auf einem EU-Gipfel im Juni 2004 zur Ratifizierung durch einzelne Mitgliedstaaten – entweder durch das Parlament oder durch ein Referendum – vereinbart wurde, wurde jedoch schwer getroffen, als er von französischen und niederländischen Wählern abgelehnt wurde. Die Verfassung wurde auf Eis gelegt, und stattdessen wurde der Vertrag von Lissabon nach langen Verhandlungen vereinbart und im Dezember 2007 unterzeichnet. Während die Substanz der Verfassung erhalten bleibt, werden lediglich frühere europäische Verträge geändert, anstatt eine grundlegende neue Machtverschiebung zu markieren. Der neue Pakt wäre auch fast gescheitert, als er 2008 in einem Referendum von den Wählern in Irland abgelehnt wurde. Die Staats- und Regierungschefs der EU hielten jedoch an und die Iren stimmten dem in einem zweiten Referendum im Oktober 2009 zu, sodass die Ratifizierung im folgenden Monat abgeschlossen werden konnte.

Neue Präsidentschaft?

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein neuer Postpräsident des Europäischen Rates geschaffen. Es wird für zweieinhalb Jahre gewählt und ersetzt die Praxis, die Ratspräsidentschaft alle sechs Monate zwischen den Mitgliedstaaten zu wechseln. Der erste Inhaber, Herman van Rompuy, wurde 2009 gewählt. Er wurde 2014 vom ehemaligen polnischen Premierminister Donald Tusk abgelöst. Der Vertrag leitete eine umfassendere Neuverteilung der Befugnisse ein. Das Europäische Parlament wurde in den meisten Fragen, einschließlich der entscheidenden Bereiche des Haushalts und der Landwirtschaft, dem Rat gleichgestellt. In einigen Bereichen wurden auch nationale Vetos

entfernt, obwohl sie in den Bereichen Steuern, Außenpolitik, Verteidigung und soziale Sicherheit bestehen bleiben. Darüber hinaus wird es eine Umverteilung der Stimmgewichte zwischen den Mitgliedstaaten geben, die zwischen 2014 und 2017 schrittweise erfolgen soll, wobei 55% der Mitgliedstaaten berechtigt sind, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, da sie 65% der EU-Bevölkerung ausmachen. Ein Plan zur Reduzierung der Größe der Europäischen Kommission – grob gesagt der EU-Exekutive – ab 2014, damit nicht jeder Mitgliedstaat seinen eigenen Kommissar hat, wurde jedoch verwässert. Der derzeitige Präsident der Kommission ist der ehemalige luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker. Er wurde – trotz der Einwände des Vereinigten Königreichs, die ihn für eine zu starke Unterstützung einer voll föderalen EU hielten – im Oktober 2014 zum Kandidaten der größten Partei im Europäischen Parlament bei den Europawahlen im Mai 2014 gewählt. Zu den Herausforderungen, denen er gegenübersteht, zählen die anhaltende Instabilität der Eurozone und das Versäumnis, eine Einigung über den Umgang mit Flüchtlings- und Migrantenwellen aus Syrien zu erzielen, die im Sommer 2015 in großer Zahl auf den Balkan kamen.

Revision #1
Created 14 October 2025 21:15:15 by investigatione
Updated 16 October 2025 02:14:08 by investigatione